



Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Gestaltung der digitalen Zukunft Europas (COM(2020)67final)

Berlin, 15. Mai 2020

Mit der neuen Kommission, die am 1. Dezember 2019 ihr Amt angetreten hatte, sind große Hoffnungen auf die Weiterentwicklung der europäischen Digitalpolitik verbunden. Bereits vor der Ernennung der Kommissare stellte die (designierte) Präsidentin Ursula von der Leyen in Aussicht, dass sie zentrale Fragen der Digitalisierung in ihrer Amtsperiode adressieren möchte. Prominente Beispiele waren der Umgang mit Künstlicher Intelligenz und die zukünftige Gestaltung des Haftungsgefüges im Rahmen des vorgesehenen Digital Service Act. Am 19. Februar 2020 legte die Kommission nun ihre Digitalstrategie „Gestaltung der digitalen Zukunft Europas“ vor, welche die zentralen Vorhaben der Kommission in der anstehenden Amtsperiode zusammenfasst.

eco – Verband der Internetwirtschaft e.V. begrüßt die Anstrengungen der Kommission, eine abgestimmte und koordinierte Politik zur weiteren Begleitung der Digitalisierung voranzutreiben. Die in der Strategie verankerten Ziele „Technologie im Dienste der Menschen“, „Eine faire und wettbewerbsfähige Wirtschaft“ und „Eine offene, demokratische und nachhaltige Gesellschaft“ zeigen, dass die Kommission einen ganzheitlichen Ansatz für ihre Digitalstrategie gewählt hat und dabei über reine Technikregulierung oder ausgewählte Wirtschaftssektoren hinaus auch die Zivilgesellschaft mit einbezieht.

I. Allgemeine Anmerkungen

Zu den von der Kommission benannten Zielen möchte eco folgende allgemeinen Aspekte adressieren:

▪ Zu Technologie im Dienste des Menschen

Die EU-Kommission erkennt zurecht, dass der Ausbau digitaler Infrastrukturen ein zentraler Faktor für die erfolgreiche Nutzung entsprechender Technologien darstellt. In diesem Licht ist positiv festzuhalten, dass die Kommission nicht nur Mobilfunknetze mit dem 5G-Standard und daneben gigabitfähige Netze ausbauen, sondern auch zentrale Technologien wie Hochleistungsrechner, Quantentechnologie und Blockchain als Basistechnologien für weitere Entwicklungen voranbringen möchte. Positiv zu vermerken ist auch, dass die Kommission Sicherheit und Vertrauen als zentrale Eckpfeiler einer europäischen Digitalpolitik verankert



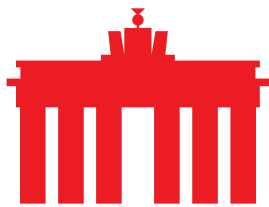
sieht und dass sie mit Bildung und Kompetenzaufbau für die gesamte Bevölkerung die Digitalisierung vorantreiben möchte. Den Wandel in der Arbeitswelt begleiten zu wollen, sieht eco ebenfalls positiv. Abzuwarten bleibt, welche Schritte die Kommission im Bereich der Plattformwirtschaft für Beschäftigte anstrebt.

▪ **Zu Eine faire und wettbewerbsfähige Wirtschaft**

Eine erfolgreiche Digitalisierung kann vor allem mit einer starken Internet- und Digitalwirtschaft gelingen. Hierfür bedarf es einer Volkswirtschaft, die digitale Technologien in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft annimmt und einsetzt. Dies ist in Europa in der Vergangenheit noch nicht besonders stark erfolgt. Der Rückstand bei der Digitalisierung in Europa muss daher aufgeholt werden. Es ist daher nachvollziehbar, dass die Europäische Kommission einen Schwerpunkt ihrer Digitalstrategie auf kleine und mittelständische Unternehmen und deren Anforderungen setzt. Positiv zu vermerken ist, dass eine Datenstrategie der Kommission den Zugang der Wirtschaft zu Daten verbessern soll. Hier bleibt zu klären, inwieweit die Datenstrategie tatsächlich dazu beitragen kann, dass digitale Dienste und Produkte besser entwickelt werden können. Kritisch zu sehen ist die Herangehensweise an die sich entwickelnde Plattformwirtschaft. Die Digitalisierung hat Wertschöpfungsketten verändert und auch neue Akteure geschaffen. Aus Sicht des eco wäre eine behutsame Herangehensweise an digitale Plattformen daher begrüßenswert. Ein fairer und chancengleicher Wettbewerb sollte sichergestellt sein. Dies darf aber nicht dazu führen, dass digitale Geschäftsmodelle gegenüber den analogen diskriminiert werden. Vor diesem Hintergrund sind auch der vorgesehene Rechtsakt über digitale Dienste (Digital Service Act), der die e-Commerce Richtlinie mit ihrem etablierten Haftungsgefüge ablösen soll, sowie die Überlegungen zu Sondersteuern für digitale Dienste kritisch zu sehen.

▪ **Zu Eine offene, demokratische und nachhaltige Gesellschaft**

Die Kommission stellt bei ihren Überlegungen zu einer offenen, demokratischen und nachhaltigen Gesellschaft den Aspekt des Vertrauens von Bürgerinnen und Bürgern in digitale Dienste in den Vordergrund. Datenschutz, ist hierfür ein wichtiger Faktor. Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) existiert hier bereits ein solides Regelwerk, auf das Bürger, Politik und Wirtschaft aufbauen können, was die Kommission auch hervorhebt. Daher ist nicht ganz klar, was an dieser Stelle mit weiteren innovativen und verhältnismäßigen Regeln gemeint ist. Kritischer hingegen verhält es sich mit den Plänen zum Umgang von Bürgerinnen und Bürgern in sozialen Netzwerken, die die Kommission verstärkt im Rahmen des Rechtsakts über digitale Dienste ins Visier nehmen will. Hier gilt es, in einem grundrechtssensiblen Bereich angemessene Regeln für das digitale Miteinander zu finden, damit die Verantwortung der einzelnen Akteure für ihr Handeln angemessen berücksichtigt wird. Die



Pläne der EU-Kommission zur ökologischen Gestaltung der Digitalisierung bieten zusätzliche Diskussionspunkte für die weitere Debatte.

II. Zu den Plänen der Kommission im Detail

Neben den abstrakten Zielen hat die Kommission zur Zielerreichung zentrale, so genannte Schlüsselmaßnahmen beigelegt. Auf diese möchte eco nachfolgend eingehen.

▪ **Schlüsselmaßnahmen zu Technologie im Dienste des Menschen**

Das zeitgleich mit der Digitalstrategie veröffentlichte Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz soll die Pläne der Kommission in diesem Bereich, insbesondere zur Regulierung, darstellen. Die Pläne sind ambivalent zu beurteilen. Während klar ist, dass insbesondere für kritische Infrastrukturen und andere besonders sensible Bereiche Regeln gefunden werden müssen, so ist die in dem Weißbuch aufgezeichnete Matrixregulierung mit einem sehr weiten Anwendungsbereich eher kritisch zu bewerten. eco hat das Weißbuch in einer separaten Stellungnahme analysiert und kommentiert.

Der Aufbau und Einsatz gemeinsamer digitaler Spitzenkapazitäten ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Die Schaffung von Leuchttürmen und zentralen Infrastrukturen ist ein erster wichtiger Schritt für eine erfolgreiche digitale Wirtschaft. Entscheidend ist aber der Transfer und die Umsetzung der Ergebnisse dieser Bemühungen in Anwendungen und Dienste für Gesellschaft und Wirtschaft. Der von der Kommission geplante beschleunigte Ausbau von Gigabitinfrastrukturen in Europa ist zentral für den Erfolg der gesamten Digitalstrategie. eco begrüßt den Vorstoß der Kommission und hofft, dass mit den geplanten Aktionsplänen zeitnah eine weitere Konkretisierung der Pläne erfolgt.

Die Stärkung der IT-Sicherheit, auf Grundlage der europäischen Cybersicherheitsstrategie und unter Einbeziehung von ENISA, ist positiv zu bewerten. Wünschenswert wäre bei der weiteren Entwicklung der europäischen Cybersicherheitsstrategie eine stärkere Einbeziehung von Anwendern und Verbrauchern. Nur wenn alle Akteure in die Cybersicherheitsstrategie einbezogen werden kann die IT-Sicherheit nachhaltig gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund sind der Aktionsplan für digitale Bildung und die Agenda zur Stärkung der digitalen Kompetenzen in der gesamten Gesellschaft positiv zu begrüßen. eco verbindet damit die Hoffnung, dass alle Menschen in Europa, unabhängig von Alter und Bildungsziel oder Abschluss, die Möglichkeit haben, sich IT-, Daten- und Medienkompetenz anzueignen. Unklar bleibt, was die Kommission für die Beschäftigten von Online-Plattformen mit ihren Plänen beabsichtigt.



Gesonderte Vorgaben, speziell für Mitarbeiter von Unternehmen der Digitalwirtschaft neben den allgemein geltenden Regulierungen des Arbeitsrechts und der Arbeitsplatzsicherheit hält eco für problematisch.

Zuletzt ist die Stärkung der Interoperabilität zwischen den EU-Behörden eine Maßnahme, die zwar nicht unmittelbare Auswirkungen auf die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft haben kann, aber dennoch positiv zu sehen ist, da sie allgemein vorteilhafte Auswirkungen auf die Entwicklung offener Standards haben kann.

▪ **Schlüsselmaßnahmen zu Eine faire und wettbewerbsfähige Wirtschaft**

Die europäische Datenstrategie ist ein wichtiger Baustein für den Erfolg digitaler Geschäftsmodelle. Diese benötigen Zugang zu qualitativ hochwertigen Daten, um Produkte und Dienste zu entwickeln. Auch Gesellschaft, Verwaltung und Politik können auf der Grundlage hochwertiger Daten bessere Entscheidungen treffen und effizienter arbeiten. Die Datenstrategie zeigt hierfür mögliche Ansätze auf. Gleichzeitig fehlt ihr allerdings die notwendige Konsequenz, sich von starren bürokratischen Ansätzen zu lösen. Eine detaillierte Kommentierung der Datenstrategie hat eco in einer separaten Stellungnahme vorgenommen.

Die geltenden Wettbewerbsregeln der EU haben sich als grundsätzlich tauglich erwiesen und sind auch in der digitalen Welt anwendbar. Gleichzeitig bedarf es weiterer Anpassungen, um auf besondere Fragestellungen und Herausforderungen der Digitalisierung besser reagieren zu können. Hierzu gehört die Verbesserung der Möglichkeit zur Kooperation von Unternehmen und die Harmonisierung des europäischen Wettbewerbsrechts. Ex-ante Regulierungsmaßnahmen sieht eco in einer innovationsgetriebenen und sich dynamisch entwickelnden Digitalwirtschaft kritisch. Die weitere Ausgestaltung wird zeigen, inwieweit sich diese Maßnahmen als sinnvoll erweisen werden. Die Ausgestaltung des Rechtsakts über digitale Dienste (Digital Service Act), der die bewährte e-Commerce Richtlinie ablösen soll, wird maßgeblich für den Erfolg der Internetwirtschaft und der weiteren Digitalisierung in Europa insgesamt sein. eco fordert, dass Wettbewerbsregeln fair, verhältnismäßig und angemessen sein sollen, und dass insbesondere digitale Geschäftsmodelle nicht gegenüber analogen diskriminiert werden.

Die Verzahnung der digitalen Wirtschaft mit weiteren Sektoren und Bereichen ist zentral für den Erfolg der Digitalisierung der europäischen Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund sind die Pläne einer speziell auf die digitalen Bedürfnisse ausgerichteten KMU- und Industriestrategie ebenso positiv zu bewerten, wie die Überlegungen zur weiteren Digitalisierung des Finanzwesens und der Inklusion von Kryptoanlagen. Kritisch zu bewerten



hingegen sind die Überlegungen für eine besondere Besteuerung der Digitalwirtschaft. eco hat sich wiederholt gegen eine Digitalsteuer ausgesprochen und stattdessen für eine Klarstellung der Besteuerungsmaßgaben gefordert. Dabei geht es nicht um eine Besserstellung digitaler Unternehmen, sondern um die Vermeidung einer Schlechterstellung.

Die Erarbeitung einer europäischen Verbraucheragenda sieht eco als Chance, das derzeit noch in vielen Bereichen zersplitterte Verbraucherrecht in Europa weiter zu vereinheitlichen und damit insgesamt bessere Rahmenbedingungen und Rechtsklarheit für Wirtschaft und Verbraucher geschaffen werden kann.

▪ **Schlüsselmaßnahmen zu Eine offene, demokratische und nachhaltige Gesellschaft**

Die von der Kommission avisierte Harmonisierung der Pflichten für Informationsdienstleister und Onlineplattformen mag grundsätzlich nachvollziehbar sein. Jedoch haben die Debatten und Entwicklungen der vergangenen Jahre gezeigt, dass sich die Politik oftmals darauf zurückzieht, pauschal von den Betreibern digitaler Dienste mehr Verantwortung zu fordern und auf diese zu verlagern. Diese Erwartungshaltung geht teilweise deutlich über das übliche Maß an allgemeinen Sorgfaltspflichten hinaus. Die e-Commerce Richtlinie hat einen grundsätzlich geeigneten Rechtsrahmen für digitale Infrastrukturen und ihre Dienste geschaffen. Überlegungen, dieses wohltarierte Haftungsgefüge aufzuweichen, werden für die weitere Entwicklung der Internetwirtschaft nachteilig sein und damit der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Europa abträglich. Je nachdem, wie streng Pflichten werden, besteht zusätzlich das Risiko, dass demokratische Werte wie die freie Meinungsäußerung ausgehöhlt werden. Dies gilt es zu verhindern.

Die Bemühungen, welche unter dem Eindruck eines notwendigen Schutzes der Medien im Print- und im audiovisuellen Bereich – getroffen werden, verfolgen lassen sich nicht abschließend einschätzen. Es bleibt abzuwarten ob es sich dabei tatsächlich um Maßnahmen handelt, die den Medienpluralismus fördern oder ob es sich um weitere einseitige Wettbewerbsverzerrungen zu Gunsten von bspw. Presseverlagen beim Leistungsschutzrecht für Presseverleger handelt.

Der europäische Aktionsplan für Demokratie ist ein begrüßenswerter zur Bewältigung der momentanen Herausforderungen, die sich durch die Verbreitung von Falschinformationen und der Publikation strafbarer Handlungen im Netz stellt. Doch gilt auch im Bereich der Desinformation, dass mit Augenmaß agiert werden sollte und es einer gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten und Einbeziehung aller relevanten Akteure wie



der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft braucht. Nicht zuletzt müssen auch die KMU teilweise nur begrenzt zur Verfügung stehenden Möglichkeiten im Auge behalten werden.

Die Stärkung der Kreislaufwirtschaft und die Förderung von wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Exzellenz zur Verbesserung der Umweltbedingungen sind positive Signale, die für nachhaltige Technologie und für Ressourceneffizienz maßgeblich sind. Es ist davon auszugehen, dass diese Themen auch für die IT-Wirtschaft zukünftig zentral sein werden.

Positiv zu bewerten ist die Überarbeitung der eIDAS-Verordnung, um mehr Menschen vertrauenswürdige digitale Identitäten zur Verfügung zu stellen. Weiterhin können die elektronischen Patientenakten einen Beitrag zur Digitalisierung des Gesundheitswesens und zur Bereitstellung digitaler Dienste für eine bessere Gesundheitsversorgung bieten. eco begrüßt die Initiativen.

▪ **Zur internationalen Dimension**

Die EU-Kommission möchte neben den vorne angeführten Zielen auch internationale Aspekte ihrer Digitalpolitik voranbringen. eco begrüßt diesen Ansatz. Zentrale Fragen der Internetpolitik können nur in einem internationalen Kontext und global diskutiert werden. Die für die Internetwirtschaft besonders wichtigen Aspekte einer Stärkung technischer interoperabler Normen sowie die Pläne zum Umgang mit Subventionen sind aus der Sicht von eco positiv. Die daneben geplante Strategie für globale Zusammenarbeit kann zudem wichtige Impulse für ein weiteres Zusammenwachsen der digitalen Welt schaffen.

III. Zusammenfassung und Fazit

Mit der vorgelegten Digitalstrategie zeigt die Europäische Kommission ihre Ansätze für das weitere Vorgehen bei der Gestaltung der Digitalpolitik. Positiv sind insbesondere die Ansätze im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Auch die Bemühungen um einen besseren Datenzugang begrüßt eco. Eine stärkere Einbeziehung der Digitalwirtschaft in Wertstoffkreisläufe und der gezielte Einsatz von KI zur Verbesserung des Umweltschutzes ist positiv zu bewerten.

Diesen positiven Impulsen stehen aber Überlegungen zu einer weitgreifenden und strikten Matrixregulierung von Künstlicher Intelligenz entgegen, sowie Pläne zur strengeren Regulierung digitaler Geschäftsmodelle. Wer Digitalisierung als Chance begreifen möchte, darf ihre Technologien und Kanäle nicht anderen gegenüber benachteiligen. Diese negativen Tendenzen und Entwicklungen werden von den Plänen für



einen Rechtsakt über digitale Dienste überschattet. Dieser könnte zusätzlich zu den zuvor genannten Problemen, das gut austarierte Haftungsgefüge der e-Commerce Richtlinie nachhaltig gefährden. Zwar ist es für detaillierte Bewertungen noch zu früh, jedoch erwecken die bislang bekannten Papiere eine klare Tendenz hin zu einer strikten Regulierung, die die Internetwirtschaft in Europa deutlich bremsen könnte.

Über eco

Mit über 1.100 Mitgliedsunternehmen ist eco der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Seit 1995 gestaltet eco maßgeblich das Internet, fördert neue Technologien, schafft Rahmenbedingungen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in internationalen Gremien. Die Zuverlässigkeit und Stärkung der digitalen Infrastruktur, IT-Sicherheit und Vertrauen sowie eine ethisch orientierte Digitalisierung bilden Schwerpunkte der Verbandsarbeit. eco setzt sich für ein freies, technikneutrales und leistungsstarkes Internet ein.